



Die CSU-Politiker (von links) Bereichsvorsitzender und Rötzer Bürgermeister Ludwig Reger, MdB Karl Holmeier, Bezirkstagspräsident und Landrat Franz Löffler, MdL Dr. Gerhard Hopp und Bürgermeister Ludwig Prögler hörten sich die Probleme der Menschen im Altlandkreis Waldmünchen an.

„Jetzt red's ihr! Und wir hör'n zu!“

Bürger des Altlandkreises sagen CSU-Politikern, wo der Schuh drückt – Rege Diskussion

Tiefenbach. „Jetzt red's ihr! Und wir hör'n zu!“, das haben sich die Bürger des Altlandkreises Waldmünchen nicht zweimal sagen lassen. Bei der gleichnamigen Veranstaltung des CSU-Kreisverbands im Gasthof Russenbräu am Donnerstagabend wurden viele Themen heiß diskutiert. Stellvertretender Kreisvorsitzender und Bereichsvorsitzender Ludwig Reger, der auch als Moderator fungierte, konnte dazu zahlreiche Teilnehmer, darunter auch Bürgermeister und örtliche Mandatsträger, begrüßen. Besonders willkommen hieß er die politischen Schwergewichte aus dem Landkreis Cham Bundestagsabgeordneter Karl Holmeier, Landtagsabgeordneter Dr. Gerhard Hopp sowie Bezirkstagspräsident und Landrat Franz Löffler. Bürgermeister Ludwig Prögler freute sich in seinem Grußwort, dass diese Veranstaltung in Tiefenbach stattfand und ermutigte, Fragen zu stellen und Anliegen los zu werden.



Vieles bewegte die Teilnehmer im Gasthof Russenbräu.

Schülerbeförderung

Zunächst kam die Problematik der Schulen und der Schülerbeförderung auf dem Land zur Sprache. Einige Mütter beklagten, dass die Kinder nach dem Nachmittags-



unterricht an der Mittelschule in Waldmünchen selber abholen müssten. Schüler aus den umliegenden Dörfern der Gemeinden Trefelstein und Tiefenbach kämen mit dem Bus nicht nach Hause. Weiter wurden die überfüllten Schulbusse vorgebracht, in denen die Schüler mit ihren Schultaschen auf dem Rücken dicht gedrängt in den Gängen und auf den Treppen stehen müssten. Besonders betroffen sei die Strecke von Trefelstein nach Waldmünchen am Morgen und bei der Rückkehr von Cham bis Schönthal.

Ein heißes Eisen ist der Abzug der sechsten Klasse aus der gut ausgestatteten Mittelschule Tiefenbach nach Waldmünchen. Bürgermeister Prögler wies im Gegenzug auf die große Anstrengung und Unterstützung aller Beteiligten hin, damit zumindest die fünfte Klasse hier behalten werden konnte. Wäre es nach dem Schulamt gegangen, wäre auch

die fünfte Klasse weg gewesen, das fügte MdL Dr. Gerhard Hopp hinzu. Landrat Franz Löffler freute sich über die couragierten Wortmeldungen der Mütter für das Wohl ihrer Kinder und betonte, dass die Sicherheit der Kinder oberste Priorität habe. Dies gelte sowohl in den Schulbussen als auch für die Fußwege der Kinder. Dabei sei nach den Richtlinien für Grundschüler eine Strecke von zwei Kilometern, für ältere Schüler drei Kilometer, zumutbar. Dies gelte sowohl für den Weg zur Schule als auch zur Bushaltestelle. Löffler versprach den Müttern, gemeinsam mit ihnen den vollen Schulbus zu besichtigen. Außerdem wolle er sich in Sachen Schülerbeförderung noch einmal mit den betroffenen Bürgermeistern zusammensetzen.

Die demografische Entwicklung und der Übertritt nach der vierten Klasse an weiterführende Schulen verändere die Schullandschaft. Auf die Frage nach der Zukunft der Wirtschaftsschule teilte Landrat Löffler mit, dass es sich hier um eine berufsbildende Schule handelt und diese könne erst ab der siebten Klasse beginnen. Die Schüler und ihre Eltern wählten aber bereits nach der vierten Klasse den Übertritt. Um eine weiterführende Schule im Altlandkreis zu erhalten, sei eine Umwidmung in eine zweizügige Realschule nötig. Laut Löffler laufen diesbezügliche Prüfungen; eine Entscheidung müsse noch neuer getroffen werden.

Wachsende Bürokratie

Mehrere Redner merkten an, dass die Vorschriften beim Bau erheblich zugenommen hätten. Nun brauche man einen Architekten und einen Statiker, um bereits für kleine Baumaßnahmen einen Standsicherheitsnachweis vorlegen zu können. Das Urteil eines Handwerksmeisters gelte anscheinend nichts mehr. MdB Holmeier antwortete, dass der Nachweis für die Sicherheit schon gerechtfertigt sei. Das Baurecht wird im Landkreis Cham vernünftig umgesetzt, betonte Landrat Löffler. Es sei oft eine Gratwanderung, gerade beim Brandschutz gebe er un-

gern nach. MdL Hopp fügte an, dass der Abbau von Bürokratie ein steiniger Weg sei.

Auf die Fragen nach der Elektrifizierung der Bahnlinie nach Pilsen und einem vierspurigen Ausbau der B20 nach Straubing sagte MdB Holmeier, dass diese im neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden sollen. Ziel sei es, die Bundesstraßen – nach Süden die B20 und nach Westen die B85 – vierspurig auszubauen, nachdem der Landkreis Cham keinen Autobahnanschluss hat. Dies sei jedoch nur in Schritten möglich. Ebenso solle die Bahn von München/Nürnberg über Schwandorf/Cham und Furth im Wald nach Prag modernisiert werden.

Thema Asylpolitik

Relativ spät wurde die ebenfalls brennende Frage, wie es mit der Asylpolitik weitergeht, gestellt. MdL Holmeier berichtete ausführlich über die beschlossenen Maßnahmen: Asylverfahren zügig durchzuführen, Fehlanreize vermeiden, anerkannte Bewerber früher integrieren, Kommunen entlasten und eine möglichst schnelle geordnete Rückführung der nicht anerkannten Asylbewerber. Es sei wichtig und mehr als notwendig, den Flüchtlingsstrom nach Deutschland zu begrenzen.

Auch Landrat Franz Löffler sprach von einer der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Er dankte den ehrenamtlichen Helfern, die die etwa 1000 Flüchtlinge im Landkreis betreuen. Flüchtlinge mit Bleiberecht müssten konsequent integriert werden. Dabei müssen sie unsere Kultur akzeptieren, die Sprache erlernen und beruflich qualifiziert werden, so Löffler. MdL Hopp fügte an, eine Arbeitsgruppe arbeite daran, den meist jungen Männern ein Demokratieverständnis und ein Werteverständnis zu vermitteln.

Die Befürchtungen der einheimischen Bevölkerung vor einer Spaltung seien ernst zu nehmen. Seine „Ängste“ müsse man auch aussprechen dürfen, meinte eine Teilnehmerin. „Ob der Politik die Einheimischen auch noch am Herzen lie-

gen?“, war eine weitere Frage. Der Tenor aller Redner war: „Wir müssen es schaffen“.

Um einer Landflucht vorzubeugen, sollten wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen werden, war eine weitere Forderung. „Wir bluten aus im nördlichen Landkreis“, der Bürger, der das zu bedenken gab, regte gemeinsame Gewerbegebiete an der B22 an. MdL Hopp entgegnete, die Politik könne nur die Rahmenbedingungen schaffen, aber auf die einzelnen Entscheidungen habe sie keinen Einfluss. „Wir sind aber auf einem guten Weg mit schnellem Breitbandausbau und der Infrastruktur.“ Bürgermeister Prögler beklagte zwar die nicht optimale Verkehrsanbindung, lobte aber dafür die Lebensqualität mit aktiven Vereinen in überschaubaren Kommunen. „Wir sind für jeden kleinen Betrieb dankbar.“ Landrat Löffler bekräftigte: „Wir müssen an unsere Kraft glauben.“ Es gelte, junge Leute für die Berufe zu begeistern, die bei uns angeboten werden.

Milchpreis im Fokus

Den wiederholten Preiseinbruch bei der Milch beklagte ein Landwirt. Eine Lösung dafür sei nicht einfach. MdB Holmeier hatte dazu gleich eine kreative Idee: „Gastwirtschaften könnten doch auch Milch und Milchmischgetränke anstatt Wasser anbieten.“ Ein weiterer Landwirt monierte die vielen Vorschriften, Genehmigungen und Formalitäten für landwirtschaftliche Fahrzeuge auf öffentlichen Straßen. Auch hier müsse man die Diskussion gesamtgesellschaftlich führen, meinte Landrat Löffler und wies auf das Gefahrenpotenzial hin. Aber die Bürokratie sollte nicht überhandnehmen, und so bot er an, sich diese Sache anzuschauen.

Weitere Fragen gab es zu der langen Bauzeit der Straße von Kümmermühle nach Hocha, zur Windkraft und weiteren Themen. CSU-Bereichsvorsitzender Ludwig Reger dankte den Bürgern für die vielen Wortmeldungen und den Politikern, dass sie sich den Fragen und Anliegen gestellt haben. Sie hörten nicht nur zu, sondern mussten auch selbst viel reden und erklären.